

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 19 Abs. 3 K-LTGO

An den
Kärntner Landtag
Landhaushof
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Klagenfurt am Wörthersee, am 29.09.2022

Betreff: **Weitere Belastungen für unserer Bevölkerung
stoppen: CO2-Bepreisung unverzüglich
abschaffen!**

Antragsteller: KO Mag. Darmann, KO-Stv. Trettenbrein, LAbg. Rauter, LAbg.
Pirolt

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass die CO2-Bepreisung unverzüglich abgeschafft wird.

In formeller Hinsicht wird gemäß § 19 Abs. 3 K-LTGO die Behandlung dieses Dringlichkeitsantrages spätestens vier Stunden nach dem Eingehen in die Tagesordnung beantragt.

BEGRÜNDUNG

Mit Wirkung vom 01.10.2022 wird in Österreich die CO₂-Bepreisung schlagend. CO₂-Emissionen werden ab diesem Zeitpunkt in Österreich 30 Euro pro Tonne für jeden einzelnen Einwohner Österreichs betragen. Diese CO₂-Bepreisung bringt über mehrere Jahre eine weitere Erhöhung von Diesel, Benzin, Erdgas und Heizöl.

Ab Inkrafttreten der CO₂-Abgabe steigt somit der Preis inkl. Mehrwertsteuer für Diesel um 8,8 Cent pro Liter, für Benzin um 7,7 Cent pro Liter und für Heizöl um 9,7 Cent pro Liter. Die Preise für Erdgas erhöhen sich ebenfalls um 7,3 Cent pro Kubikmeter.

Sie wäre neben der Normverbrauchsabgabe, der Mineralölsteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer bereits die vierte CO₂-Steuer.

Bis 2025 kommt es des Weiteren zu jährlich gestaffelten Anhebungen der CO₂-Bepreisung. Ein Liter Diesel wird bis 2025 laut Schätzungen des WIFO zum Beispiel um über 16 Cent teuer als bisher. Die Bundesregierung treibt mit der CO₂-Bepreisung de facto nicht nur die Armutsspirale weiter voran, sondern zerstört auch den Mittelstand in unserem Land.

Höhere Preise für Energieträger ziehen auch Preissteigerungen in anderen Sektoren nach sich. Höherer Preise für Treibstoff, Heizöl und Gas, bedeuten auch z. B. höhere Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen. De facto trifft die CO₂-Bepreisung also jeden Menschen in unserem Land mit voller Wucht.

Die enormen Preissteigerungen aufgrund der Ukraine-Krise und der missratenen Sanktionspolitik der europäischen Union, welche von der Bundesregierung zum Leid der eigenen Bevölkerung mitgetragen wird, sind mehr als genug Belastung für unsere Bevölkerung. Es ist daher zwingend erforderlich, dass endlich Maßnahmen gegen die galoppierende Inflation gesetzt werden, anstatt weitere Belastungswellen auf die Bevölkerung zukommen zu lassen. Es braucht endlich tatsächliche Wellenbrecher.

Der erste Belastungswellenbrecher muss also die sofortige Abschaffung der CO₂-Bepreisung sein.